

| | |
|-------------------|-----------------------------------|
| Es informiert Sie | Holger Müller |
| Telefon (0202) | 563 7425 |
| Fax (0202) | 563 8022 |
| E-Mail | holger.mueller@stadt.wuppertal.de |
| Datum | 11.02.2005 |

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg (SI/3714/05) am 19.01.2005

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Frau Ingeborg Alker , Frau Ilona Beltermann , Herr Günter Groß , Herr Helmut Hannert , Frau Claudia Schmidt , Herr Gerd Weisbeck ,

von der SPD-Fraktion

Herr Hans-Peter Abé , Frau Ursula Abé , Herr Dieter Scherff , Frau Liane Schmidt ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Regina Orth , Herr Hans-Peter Vorsteher ,

von der FDP

Herr Walter Thomann ,

von der WfW

Herr Gerhard P. Hirsch ,

von der UWG

Herr Volker Lohmann ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Paul Yves Ramette , Herr Oliver Siegfried Wagner , Herr Andreas Weigel ,

als Sprecher des Bezirksjugendrates für den Stadtbezirk Cronenberg

Herr Lukas Braun, Frau Rebecca Künstler,

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Joachim Rubert ,

von der Verwaltung

Herr Hans-Jürgen Caspar, Herr Michael Hoffmann, Herr Volker Knippschild,

als Gast

Herr PHK Hakenbeck,

von der Presse

Herr Meinhard Koke (Cronenberger Woche), Herr Wolfgang Schiffer (Cronenberger Anzeiger),
Herr Hartmut Schmahl (Westdeutsche Zeitung), Herr Eduard Urssu (Wuppertaler Rundschau),

Schriftführer

Herr Holger Müller ,

Nicht anwesend sind:

Berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Peter Jung, Herr Dr. Frank Pongé,

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:30 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Frau Alker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer.

1 Bezirksjugendrat für den Stadtbezirk Cronenberg

Die gewählten Bezirksjugendräte (sowie einige nicht im Bezirk gewählte, die aber trotzdem mitarbeiten möchten) stellen sich vor und nennen ihre persönlichen Ziele für die Arbeit im Bezirksjugendrat.

Frau Abé als Ansprechpartnerin in der Bezirksvertretung hofft auf gute Zusammenarbeit.

2 Bauvorhaben "Borner Quartier": Straßenbaumaßnahmen - Bürgerantrag - VO/3682/04 (zugestellt zur Sitzung am 15.12.2004)

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

Die Bezirksvertretung stimmt folgendem Straßenquerschnitt Borner Straße östlich des Bauvorhabens „Borner Quartier“ gem. Mitteilung des Ressorts 104.22 vom 17.01.2005 zu:

1,50 m Gehweg
3,50 m Fahrbahn (Einbahnstraße) und
0,60 m (ca.) vorhandenes Schrammbord

Einstimmigkeit.

3 Grundschulkonzept

3.1 Pädagogisches Konzept

Frau Alker berichtet über den Anruf von Frau Beig. Drevermann: Es habe noch kein abschließendes Konzept vorgelegt werden können. Dies werde voraussichtlich etwa Ostern der Fall sein. Der Stadtbetrieb Schulen habe zunächst mit dem ausliegenden Schreiben zu einem Runden Tisch am 15.02.2005, 15.00 h, eingeladen. Frau Beig. Drevermann sei deswegen heute nicht anwesend.

Herr Weisbeck fragt, warum der Termin mit Rücksicht auf die Berufstätigen nicht abends stattfinde.

Der stellv. Schulpflegschaftsvorsitzende der GGS Am Hofe betont, der Runde Tisch sei von den GGS Am Hofe und Kampstraße initiiert worden.

Herr Thomann verwahrt sich gegen den letzten Satz im Schreiben der beiden Schulen vom 23.12.2004: Er lasse sich als gewählter Vertreter nicht durch irgendeine Institution unter Druck setzen.

3.2 Umbauplanung für die Grundschulgebäude Am Hofe (Kampstraße) und Hermann-Herberts-Schule
Berichterstattung: GMW - Herr Hoffmann

GGG Am Hofe (Kampstraße)

Herr Hoffmann erläutert den gem. Auftrag des Stadtbetriebs Schulen am Standort Am Hofe geplanten den Schulbaurichtlinien entsprechenden Modulbau mit 2 Mehrzweckräumen zu je 60 m² (getrennt durch eine Faltwand) und Nebenräumen.

Herr Scherff fragt nach verlorengelassener Freifläche.

Herr Hoffmann erklärt, die Pausenhoffläche werde nicht verkleinert, sondern lediglich die Rasenfläche zur Rollsporthalle hin. Es sei zunächst auch alternativ über einen Erweiterungsbau in Form eines dreigeschossigen Anbaus an den Altbau nachgedacht worden, da hiermit auch der 2. Fluchtweg geschaffen werden könnte. Die Kosten würden jedoch mit deutlich über 1,5 Mio. € wesentlich höher als bei dem Modulbau mit 256.000 € liegen, eine Realisierungsaussicht daher nicht gegeben sein.

Frau Alker bezweifelt, ob dies tatsächlich so wäre. Sie habe mit Frau Beig. Drevermann darüber gesprochen. Nach Vorstellung der Bezirksvertretung solle hier ja nicht für die nächsten drei Jahre, sondern für die längere Zukunft gebaut werden, und zwar bezogen auf das, was künftig noch in Grundschulen angeboten werden solle (Klassenräume, Küche für die Ganztagschule etc.).

Herr Stv. Vorsteher äußert sich ähnlich, macht jedoch darauf aufmerksam, das GMW arbeite nach den Vorgaben von SB 206. Er erinnert daran, dass der Beschluss zur Schließung des Standorts Kampstraße unter der Voraussetzung eines vernünftigen zukunftsfähigen Ausbaus des Standorts Am Hofe gefasst worden sei. Die Zahl der Schulkinder Am Hofe werde sich erhöhen. Es sei daher von Interesse, inwieweit die jetzige Rasenfläche noch benutzbar sein werde.

Lt. Herrn Hoffmann entfallen lediglich die ca. 200 m² Grundfläche für den Modulbau.

Herr Thomann bemängelt, die heutige Planung stelle keine „gute“ Schule im Sinne der Forderungen im Rahmen des Schulentwicklungsplanes dar. Er werde weiterhin dafür kämpfen.

Herr Weisbeck fragt, ob bei der geplanten mobilen Trennwand wirklich gegenseitige Störungen der Klassen ausgeschlossen seien, und warum kein Kostenvergleich zwischen der Erweiterung des Altbaus und dem Modulbau vorliege. Der Altbau habe sicherlich eine wesentlich längere Lebensdauer. Er möchte wissen, warum der Verkaufserlös für die Schule Kampstraße nicht hier entsprechend angelegt werde.

Nach Aussage von Herrn Hoffmann reicht der Schallschutz der mobilen Trennwand mit 35 db für den normalen Schulbetrieb aus. Es handle sich hier ja im übrigen um Mehrzweckräume für die offene Ganztagschule. Modulbauten seien heute von konventionellen Gebäuden kaum zu unterscheiden. Seine Kollegen seien von einer 40-jährigen Lebensdauer überzeugt. Bei konventionellen Gebäuden liege die Lebensdauer bei ca. 80 Jahren. Zu bedenken gebe er jedoch, dass man damit mehr gebunden sei und nicht so flexibel auf sich im Laufe der Jahre verändernde pädagogische Konzepte für den Schulbetrieb eingehen könne.

Herr Thomann beantragt Schluss der Debatte. Er möchte keine Zeit verschwenden mit der Vorstellung eines schlechten Planes, zumal die Bezirksvertretung das gleiche schon einmal gesehen habe. Gleichwohl danke er Herrn Hoffmann für seinen Vortrag.

Herr Hoffmann teilt auf Befragen durch Frau Alker mit, er habe keine Umbaupläne für den Altbau Am Hofe dabei, sondern Bestandspläne.

Herr Weisbeck spricht gegen den Antrag zur Geschäftsordnung, da viele Eltern anwesend seien, die Informationen für ihre Beratungen benötigten. Er fragt erneut nach der Vermarktung des Gebäudes Kampstraße.

Herr Hoffmann teilt mit, es gebe nur eine grobe Kostenschätzung. Schulbauten seien nicht so leicht zu verkaufen. Grundsätzlich sei ein Erlös erst mit der Unterschrift unter den Notarvertrag zu erzielen. Wegen der notwendigen Haushaltskonsolidierung flössen Erlöse in die allgemeine Deckung. Der Rat der Stadt habe im Schulentwicklungsplan einen finanziellen Rahmen für die erforderlichen Baumaßnahmen gesteckt.

Herr Stv. Ramette äußert Verständnis für die Auffassung von Herrn Thomann. Wenn es nur Bestandspläne gebe, sollte der Vortrag möglichst kurz gehalten werden.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005

Der Antrag von Herrn Thomann auf Schluss der Debatte wird abgelehnt.

Stimmengleichheit (bei 1 Enthaltung).

Herr Scherff stellt die Frage, ob ein neues pädagogisches Konzept nach Durchführung des Runden Tisches nicht auch eine veränderte Planung nach sich ziehen und dann in der Bezirksvertretung diskutiert werden müsste.

Herr Hoffmann weist auf den 1 Jahr zurückliegenden Ratsbeschluss hin. Die jetzige Planung entspreche der Auftragslage an das GMW, allerdings mit einigen Änderungen betr. die offene Ganztagschule. Die Finanzierung sei noch offen, denn mit 80.000 € pro Gruppe könne kein Neubau errichtet, sondern höchstens ein vorhandenes Gebäude umgestaltet werden. Inwieweit der Auftrag an das GMW nach dem Runden Tisch umgestaltet werde, vermöge er nicht zu sagen. Fest stehe jedenfalls, dass die Baumaßnahme dann nicht rechtzeitig zum Sommer 2005 fertiggestellt sein könne.

Frau Alker wendet ein, die Errichtung des Modulbaus sei nicht schon für 2005 vorgesehen gewesen. Zuerst habe doch der Altbau saniert werden sollen. Wenn nur Bestandspläne vorlägen, könne die Beratung für heute abgeschlossen werden, denn das vorhandene Altgebäude kenne jedes BV-Mitglied. Jetzt sollte zunächst das Ergebnis des Runden Tisches abgewartet werden. Sie fasst als Beratungsergebnis zusammen, eine Komplettplanung für den Schulstandort Am Hofe solle der Bezirksvertretung erst dann vorgestellt werden, wenn eine akzeptable ausführbare Planung vorliege.

GGG Hermann-Herberts-Schule

Herr Hoffmann erläutert die Planung für den im Prinzip eingeschossigen Neubau als Ergebnis der Neuplanung nach Änderung der Schulbezirksgrenzen anhand von Overheadfolien. Vorgesehen sind 6 Klassenräume, Eingangshalle,

WC/Behinderten-WC, Lehrmittelraum, 2 Mehrzweckräume mit mobiler Trennwand. Die Nebenräume sind unterkellert mit Pausentoiletten, Raum für den Stadtbetrieb Jugend und Freizeit, Lagerraum, Technikraum. Im Hausmeisterhaus soll ein Unterrichtsraum zur Verteilerküche, einer für die Mensa und zwei Räume für die offene Ganztagsbetreuung dienen.

Herr Thomann stellt folgenden Antrag: Die BV Cronenberg bedankt sich bei Herrn Hoffmann für die Vorstellung der Pläne. Sie wird sich mit den Plänen für die Umbaumaßnahmen zur GGS Hermann-Herberts-Schule erst dann wieder befassen, wenn das Votum der Schulkonferenz vorliegt.

Herr Stv. Vorsteher fragt, was bei evtl. Schließung der GGS Cronenberger Straße geschehe. Es müssten dann 7 Räume zur Aufnahme der Kinder geschaffen werden. Ein Teil sei gerade erklärt worden. Ob die Bezirksvertretung davon ausgehen könne, dass der Rest an der GGS Küllenhahn geschaffen werde.

Herr Hoffmann verweist auf den geplanten Erweiterungsbau für die GGS Küllenhahn mit Fertigstellungstermin zum Schuljahr 2006/07. Erste Überlegungen zum Standort auf dem Schulgrundstück gebe es bereits.

Die Schulleiterin der GGS Cronenberger Straße verweist auf die Vorgaben der Bezirksregierung zur Umsetzung des Schulentwicklungsplanes. An der GGS Küllenhahn seien derzeit 2 Räume geplant. Die heute vorgestellte Planung decke lediglich den Eigenbedarf der Hermann-Herberts-Schule. Sie möchte wissen, wo die heute 181 Kinder der GGS Cronenberger Straße künftig auf Dauer untergebracht werden sollen.

Frau Alker verweist auf die Vorgaben des Rates der Stadt bzw. des Stadtbetriebes Schulen. Das GMW treffe nicht diese Entscheidungen. Außerdem dürfe die Bezirksvertretung Cronenberg kein Votum für eine Schule im Stadtbezirk Elberfeld abgeben.

Herr Thomann weist ausdrücklich darauf hin, dass der Schulentwicklungsplan nach den Vorgaben der Bezirksregierung erst umgesetzt werden dürfe, wenn an den Schulstandorten genügend Platz für alle Zwecke vorhanden seien. Das Konzept für die Hermann-Herberts-Schule reiche sicher nicht aus und dürfe so nicht umgesetzt werden. Er erweitert im übrigen seinen voraufgegangenen Antrag auf die GGS Küllenhahn.

Herr Hoffmann erklärt, die Planung entspreche dem heutigen Stand. Ob das Konzept in einem Jahr noch so aussehen werde, wisse er nicht.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005

Die Bezirksvertretung Cronenberg bedankt sich bei Herrn Hoffmann für die Vorstellung der Pläne. Sie wird sich mit den Plänen für die Umbaumaßnahmen zur GGS Hermann-Herberts-Schule und zur GGS Küllenhahn erst dann wieder befassen, wenn die Voten der Schulkonferenzen vorliegen.

Einstimmigkeit.

Frau Alker bezieht sich auf die kürzlich erschienene Pressemitteilung der Ehrenabteilung der Feuerwehr und zitiert demgegenüber aus der ausliegenden Mitteilung des GMW vom 13.01.2005. Das GMW erhebe Miete für die Nutzung der ehem. Kantine, die die Ehrenabteilung der Feuerwehr nicht tragen könne,

auch nicht bei Untervermietung. Insofern stehe man nun praktisch wieder am Anfang und müsse abwarten, ob das GMW einen solventen Mieter finde. Auf entsprechende Frage von Herrn Stv. Ramette eingehend ergänzt sie, es bleibe der Bezirksvertretung unbenommen, im Februar in der ehem. Kantine zu tagen, jedoch sollte darüber später noch gesprochen werden.

**5 Umsetzung des Hartz IV-Konzeptes bezogen auf das Stadtbüro Cronenberg
Vorlage: VO/0033/05**

Frau Alker gibt eine allgemeine Erläuterung der Situation: Ein erheblicher Teil des Bezirkssozialdienstes befinde sich jetzt nicht mehr in Cronenberg. Anträge könnten hier nicht mehr gestellt werden. Die drei Mitarbeiter/innen der ARGE hätten am 28.12.2004 ihren Arbeitsplatz in der Weidenstr. 25. Über den Ablauf des Verfahrens sei sie sehr enttäuscht, insbesondere auch angesichts der vorher optimistischen Zusage von Herrn Lenz. Bis Dezember 2004 seien im Stadtbüro mit dem ALG II-Programm die Anträge nach Hartz IV bearbeitet worden. Die Bezirksvertretung sei wissentlich über den Tisch gezogen worden, denn die Verwaltung habe schon im Herbst letzten Jahres gewusst, was passiert. Im neuen Telefonbuch der Stadtverwaltung seien die Mitarbeiter/innen schon unter Weidenstraße aufgeführt. Die Aussichten für die Zukunft seien auch nicht besonders gut. Es seien Gespräche mit dem Oberbürgermeister und mit der Leitung des Bezirkssozialdienstes geführt worden. Es habe einige Zusagen gegeben, die Sprechstunden seien aber sehr eingeschränkt. Über die Sprechstunden der Sozialarbeiterinnen hinaus werde z. B. überlegt, Sprechstunden des Adoptions- und Pflegekinderdienstes anzubieten. Inwieweit die neuen Angebote Bestand haben und auch umgesetzt werden, könne sie im Moment nicht sagen. Tatsächlich sei das Sozialdienstangebot im Stadtbüro extrem heruntergefahren worden. Für die Cronenberger Bevölkerung bedeute dies natürlich Schwierigkeiten, und es gebe bereits massive Beschwerden. Zur weiteren Nutzung der Räume im Stadtbüro für andere Dienstleistungen seien nun Gespräche vorgesehen. Hinsichtlich des Gebäudes Weidenstr. 25 habe sie sich veranlasst gesehen, den Behindertenbeirat einzuschalten, denn die Büros müssten wenigstens für Behinderte und Personen mit Kinderwagen erreichbar sein. Ganz zu schweigen von der Anreise mit ÖPNV, die nach dort sehr langwierig sei. In dem Gebäude Weidenstraße seien weitere Umbauten geplant. Über die Kosten möchte sie sich im Moment besser keine Gedanken machen. Und das alles angesichts leerstehender gut ausgestatteter Räume mit ausreichend Platz in Cronenberg.

Herr Lohmann betont, die getroffene Maßnahme könne nicht hingenommen werden. Es könne nicht angehen, die in Cronenberg auf lange Sicht gedachten Mieträume leer stehen zu lassen und in der Weidenstraße teuer umzubauen. Die Einrichtung sei von bezirklicher Bedeutung. Die Bezirksvertretung sei bei der Entscheidung übergangen bzw. über den Tisch gezogen worden. Er schlage vor, einen Beschluss zu fassen, dass die Maßnahme missbilligt und die Verwaltung aufgefordert werde, die Angebote wieder nach Cronenberg zurückzuführen.

Herr Thomann schließt sich den Worten von Frau Alker an und stellt den Antrag, Herrn Rubert zu bitten, den ausdrücklichen Protest an den Oberbürgermeister weiterzugeben, dass eine derartige Informationspolitik nicht mehr akzeptiert wird.

Herr Weisbeck erinnert an den Wiederaufbau des Schwimmsportleistungszentrums, zu dem die Politik auch falsche Zahlen erhalten habe. Die Bezirksvertretung könne nur dann entscheiden, wenn sie richtig informiert werde. Dies sei im heute diskutierten Fall eklatant nicht so gewesen, wofür die Verwaltung schriftlich gerügt werden sollte.

Frau Alker teilt mit, sie habe dies schon in dem Gespräch am Tisch des Oberbürgermeisters angesprochen. In der Gemeindeordnung bzw. der Hauptsatzung der Stadt Wuppertal stehe explizit drin, dass die Bezirksvertretung zu hören sei, und zwar rechtzeitig. Dass die Entscheidung nun auf die ARGE geschoben werde, ändere nichts daran, dass die Bezirksvertretung total überfahren worden sei.

Herr Lohmann fragt, warum es ein Problem sein solle, mit ALG II im Stadtbüro zu arbeiten. Seines Wissens sei das entsprechende Computerprogramm dort über einen Zeitraum von etwa drei Monaten angewandt worden. Die Anzahl der Beratungsfälle in Cronenberg, von der Herr Lenz in der Presse spreche, könne sich nur auf die Grundsicherung beziehen. Die Menge der Sozialhilfefälle liege mit rd. 300 Vorgängen wesentlich höher. Von Mitarbeitern würden sogar steigende Fallzahlen nach ALG II erwartet, so dass die bisherigen 2 ½ Stellen für Cronenberg noch zu wenig wären.

Nach Meinung von Herrn Stv. Wagner sollten die in der Presse genannten Kosten für die IT-Anwendungen hinterfragt werden. Die Bezirksvertretung sollte einmal überlegen, welcher Personenkreis von der Maßnahme betroffen sein werde. Von den Personen, von denen erwartet werde, dass sie einen Arbeitsplatz z. B. in Oberbarmen annehmen, könne auch erwartet werden, dass sie in die Elberfelder Südstadt fahren. Wuppertal habe im Vergleich zu anderen Städten viele ARGE-Standorte. Herr Lenz sollte um eine persönliche Erklärung in der Bezirksvertretung gebeten werden.

Herr Hembach (Leiter BSD 4) bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtbüro Cronenberg. Bisher hätten dort 3 Mitarbeiter/innen und 1 Expertin ca. 450 Fälle wirtschaftlicher Hilfe nach BSHG bearbeitet. Für die Leistungen nach Hartz IV seien in Wuppertal 8 Standorte (7 BSD-Standorte und Arbeitsamt Hünefeldstraße) vorgesehen (in Köln 5). Die 3 bisher in Cronenberg und jetzt für die ARGE tätigen Mitarbeiter/innen hätten daher zum 01.01.2005 in der Weidenstraße zusammengefasst werden müssen. Alte, kranke und gebrechliche Menschen über 65 aus Gesamt-Wuppertal hätten bisher Leistungen von der am Neumarkt angesiedelten Grundsicherung erhalten. Dieses Grundsicherungsamt werde nun wieder in die 7 BSD-Standorte zurückgeführt. Von den 450 Fällen (incl. Grundsicherung) seien jetzt 300 übrig geblieben, die von 2 BSD-Mitarbeiter/innen bearbeitet würden, die man nicht noch zwischen Weidenstr. 25 und Stadtbüro aufteilen könne. Eine Person allein sei für die Leistungsgewährung nicht unterschriftsfähig (4-Augen-Prinzip). Wahrscheinlich würden letztlich doch nicht alle jetzigen Hartz IV – Bezieher arbeitsfähig sein und einige somit wieder in die Sozialhilfe zurückfallen. Dies könnte ggf. eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl nach sich ziehen und sich evtl. dann auch für das Stadtbüro auswirken. Die Abwicklung der bisherigen BSHG-Akten erfolge vorübergehend noch für wenige Monate durch 2 in Cronenberg verbliebene Mitarbeiter; in Ronsdorf seien die Mitarbeiter komplett abgezogen worden. Für die Zusammenarbeit sei mit Frau Alker vereinbart, dass nichts an dem sozialarbeiterischen Angebot im Stadtbüro geändert werde, bevor nicht ein erneutes gemeinsames Gespräch stattgefunden habe. Das Angebot solle nicht ausgehöhlt, sondern Außensprechstunden in vermehrtem Umfang angeboten werden. Mittwochs vormittags solle evtl. eine Kollegin der Sozialhilfe zusätzlich eine Sprechstunde in Cronenberg anbieten. Er möchte das Stadtbüro unterstützen. Der BSD benötige aber derzeit nur 2 Räume, die übrigen sollten besser anders genutzt werden.

Frau Alker bemerkt dazu, sie höre wohl die Botschaft, doch ihr fehle der Glaube an die Umsetzung.

Herr Stv. Vorsteher ist der Meinung, zur Art und Weise der Informationspolitik sei das Richtige gesagt, verweist aber auf die Kölner Situation. Er wirft die Frage auf,

was mit dem Stadtbüro geschehe, wenn Räume leer ständen. Da im Moment ja praktisch alles auf dem Prüfstand stehe, sei es umso wichtiger, darauf zu achten, dass hier nichts passiere, sondern dass alle gemeinschaftlich zu guten Ergebnissen kommen.

Herr Stv. Weigel verweist auf den allgemeinen Sparzwang. Wer das Leistungsangebot wieder in Cronenberg haben möchte, müsse einen Finanzierungsvorschlag machen.

Herr Scherff ist überzeugt, die Bezirksvertretung sei wissentlich belogen worden. Der heutige Sachstand habe schon zum Zeitpunkt der anders lautenden Mitteilung von Herrn Lenz festgestanden.

Herr Stv. Ramette betont, Wuppertal habe zwar mehr ARGE-Standorte als Köln, jedoch müsse zwischen ALG II und SGB 12 differenziert werden. Man habe dafür gesorgt, dass die Hilfezahlungen rechtzeitig erfolgt seien. Jetzt müsse aber Feinmanagement betrieben werden. Den Arbeitsfähigen sei zwar der Weg zur Weidenstraße durchaus zumutbar. Aber wenn man den betr. Personen Flexibilität abverlange, müsse die Stadt auch so flexibel sein, für den übrigen Personenkreis in Cronenberg die Bearbeitung anzubieten (vielleicht auch mit Teilzeitbeschäftigten). Außerdem müssten die Fallzahlen genau beobachtet werden.

Herr Lohmann bitten den Geschäftsführer/Stadtbüroleiter, zu seinen Fragen Stellung zu nehmen.

Herr Müller teilt mit, seit Beginn der Antragsannahme zu ALG II sei im Stadtbüro von allen BSD-Mitarbeiter/innen mit dem entsprechenden Computerprogramm der heutigen ARGE gearbeitet worden. Mit den gleichen Geräten / Leitungen bzw. der gleichen Technik werde jetzt auch in der Weidenstraße gearbeitet. Er habe heute die Zusatzinformation erhalten, dass die ARGE offenbar separate Leitungen bzw. Server plane. Weitere Einzelheiten entzögen sich seiner Kenntnis. Wenn ein separates Datennetz aufgebaut werden solle, sei das natürlich aufwendig, was allerdings für jeden Standort in gleicher Weise gelten würde. Er betont in diesem Zusammenhang, dass es - bezogen auf das Stadtbüro Cronenberg - nie um einen zusätzlichen Standort der ARGE gegangen sei, sondern um eine Außenstelle – wie beim BSD seit vielen Jahren. Er habe dies nicht zu beurteilen oder zu entscheiden, allerdings habe ihm bis heute niemand letztlich plausibel erklären können, warum diese Dienstleistungen nicht auch im Stadtbüro Cronenberg angeboten werden könnten. Zu den Fragen bzgl. Fallzahlen und Personal verweise er auf die Ausführungen von Herrn Hembach, der für den BSD fachlich zuständig sei.

Herr Thomann wiederholt seinen Antrag und bittet – abweichend von seiner ersten Äußerung - um schriftliche Weiterleitung der Rüge an den Oberbürgermeister.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

Die Bezirksvertretung rügt die Informationspolitik in dieser Angelegenheit und betont, dass sie sich von keinem Ressort oder Stadtbetrieb in dieser Weise künftig belügen lassen wird.

Einstimmigkeit.

6 Abweichungssatzung Zillertaler Straße
Vorlage: VO/3276/04

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die teilweise Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung für die Zillertaler Straße zwischen der Cronenfelder Straße und der Innsbrucker Straße gemäß dem der Drucks. beigefügten Entwurf (Anlage 01).

Einstimmigkeit.

7 Abweichungssatzung Oberheidter Straße
Vorlage: VO/3678/04

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

Es wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt die Satzung über die teilweise Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung für die Erschließungsanlage Oberheidter Straße/Oberheidt gemäß dem der Drucks. beigefügten Entwurf (Anlage 01).

Einstimmigkeit.

8 Eisenbahnrechtliche Entwidmung der Sambatrasse
Vorlage: VO/3368/04

Herr Stv. Ramette ist erstaunt, dass die Untere Forstbehörde die Trasse als Waldfläche beurteilt, obwohl diese mehrfach freigeschnitten worden sei. Es müsse auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass es sich satzungsrechtlich nicht um Wald handele.

Herr Stv. Weigel hält diesen Hinweis für sehr wichtig, auch im Zusammenhang mit der Flächennutzungsplanung, denn die Obere Forstbehörde habe bereits festgestellt, dass das, was die Untere Forstbehörde als Wald beurteile, gar keine Waldfläche sei. Es handele sich nur um eine wilde Anhäufung von Sträuchern.

Herr Weisbeck, dringt darauf, die Trasse unmittelbar nach Abgabe durch die Deutsche Bahn AG als Geh- und Radweg umzuwidmen, so dass sie auf keinen Fall zuerst dem Wald zugeschlagen werde.

Herr Knippschild erklärt, die Verhandlungen mit der Forstbehörde hätten gerade erst begonnen. Es gelte auch, darauf zu achten, dass keine Ausgleichsforderungen gestellt würden.

Frau Alker stellt fest, dass diese Hinweise als Protokollnotiz mit dem Beschluss weitergegeben werden sollen.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

1. Die Stellungnahme der Stadt Wuppertal zum Entwidmungsantrag erfolgt gemäß beigefügtem Entwurf (Anlage 1). Parallel werden kurzfristig Verhandlungen mit der Unteren Forstbehörde Mettmann hinsichtlich der Waldumwandlung für den Radwegebau geführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Düsseldorf die Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens für die Sambatrasse gemäß beigefügtem Entwurf (Anlage 2) zu beantragen.

Einstimmigkeit.

**9 Bauleitplanverfahren Nr. 650 - Jöferweg -
(Flächennutzungsplanänderung und 1. Änderung des Bebauungsplanes)
-Satzungsbeschluss-
Vorlage: VO/3631/04**

Herr Stv. Vorsteher merkt hierzu an, es komme in diesem Gebiet immer wieder zu erheblichen Parkproblemen, und zwar nicht nur verursacht durch den SSV Sudberg, sondern durch die verschiedenen Reitställe. Auf diese Gesamtsituation werde in der Vorlage zu wenig eingegangen. Der Parkplatzerweiterung werde zugestimmt, jedoch sollte auf weitere Bebauung verzichtet werden, auch wegen der möglichen Probleme in unmittelbarer Nachbarschaft des Sportplatzes.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

1. Die 1. Änderung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 650 – Jöferweg – mit dem in der Anlage 1 beschriebenen und in der Anlage 5 dargestellten Geltungsbereich wird beschlossen. Der Erläuterungsbericht gem. § 5 Abs. 5 BauGB ist beigefügt.
2. Der Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 650 – Jöferweg - mit dem in der Anlage 2 beschriebenen und in der Anlage 5 dargestellten Geltungsbereich wird gefasst. Die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB ist beigefügt.

Einstimmigkeit.

**10 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 803
Vorlage: VO/3712/04**

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 19.01.2005:

1. Die Anregungen, die anlässlich der Offenlegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vorgebracht worden sind, werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung behandelt.
2. Die Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 803 wird gem. § 9 Abs. 8 BauGB als Satzung beschlossen.

Einstimmigkeit.

11 Berichte und Mitteilungen

11.1 Neugliederung des Wahlgebietes / Änderungen im Bezirk 108

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis von der Mitteilung des Ressorts 401.141 vom 07.01.2005.

11.2 Information über Beschlüsse zur Verwendung der freien Mittel der Bezirksvertretung

Der Geschäftsführer informiert über die in der letzten Sitzung beschlossenen Vergaben aus freien Mitteln der Bezirksvertretung.

11.3 Ausstellung im Stadtbüro Cronenberg vom 10.01. - 25.02.2005

Der Geschäftsführer weist auf die – ohne Vernissage – bereits begonnene Ausstellung hin.

11.4 Informationen zum Jugendhaus Händlerstr. 40

Herr Stv. Ramette gibt einige kurze aktuelle Informationen.

Ingeborg Alker
Bezirksvorsteherin

Holger Müller
Schriftführer